



WOCHENSCHRIFT DES ARCHITEKTEN-VEREINS ZU BERLIN

HERAUSGEGEBEN VOM VEREINE

Erscheint Sonnabends u. Mittwochs. — Bezugspreis halbjährl. 4 Mark, postfrei 5,30 Mark, einzelne Nummern von gewöhn. Umfange 30 Pf., stärkere entspr. teurer
Der Anzeigenpreis für die 4 gespaltene Pettizelle beträgt 60 Pf., für Behörden-Anzeigen und für Familien-Anzeigen 30 Pf. — Nachlaß auf Wiederholungen

Nummer 23

Berlin, Sonnabend den 10. Juni 1911

VI. Jahrgang

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Postämter und die Geschäftsstelle Carl Heymanns Verlag in Berlin W. 8, Mauerstr. 43.44

Alle Rechte vorbehalten

Beitrag zu der „Besprechung über Heimatschutz und Verunstaltungsgesetz“

Vom Regierungsbaumeister Theodor Raabe in Insterburg

(Schluß aus Nr. 22, Seite 138)

Denn wie man sich auch den künftigen Baustil denkt, die praktische Zweckmäßigkeit wird doch mehr und mehr das Hauptfordernis sein und nach dem Denken und Fühlen des modernen Menschen wird, abgesehen von den selteneren Fällen, in denen durch Entfaltung von Luxus an Mitteln nicht gespart werden braucht, außerdem mehr und mehr eine schlichte Sachlichkeit allen Bauschöpfungen den Stempel aufdrücken müssen. Eine ästhetische Durchbildung der Bauten, die in stetiger Weiterentwicklung zu dem auswachsen soll, was man einheitlichen Stil nennt, muß meines Erachtens vor allem auf dieser schlichten Sachlichkeit aufgebaut werden, zunächst wohl ohne Rücksicht darauf, daß ihre ersten allgemeineren Lebensäußerungen vielleicht nicht so erfreulich anmuten als viele der bisher entstandenen, schöneren Werke tüchtiger Architekten. Nur so wird man meines Erachtens die Baukunst davor bewahren, daß sie nach einer Reihe von Jahren sich wieder die Modefrage vorlegt: Was nun?

Einen Grundsatz müssen wir dabei wohl gebührend beachten, der sich ja in den bisherigen Bestrebungen schon allenthalben bemerkbar gemacht hat: Wir müssen für ein jedes Bauwerk von Menschenhand, es liege in der unscheinbarsten Gegend, eine architektonische Durchbildung fordern; wir dürfen nicht unterscheiden hier Werke der Architektur, hier Nutzbauten, sondern wir müssen die letzteren, und sei es mit den billigsten, immerhin wirksam verwendbaren Mitteln, so gestalten, daß sie sich auch äußerlich als ein ansehnliches Werk aus der Hand des denkenden Menschen darbieten.

Und „ganze Arbeit“ soll jetzt gemacht werden, wo Stimmung gegen das Verunstaltungsgesetz bemerkbar geworden ist, wo die Totheterei der Mansardendächer schon bei namhaften Baukünstlern fast die Sehnsucht nach dem alten ehrlichen flachen Pappdach (s. Hasak „Heimische Dachformen“) hervorgerufen hat und wo es also gilt, vor Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen gründlich zu erwägen, was uns not tut, damit wir das wenig erhebende Schauspiel, unsere baukünstlerischen Anschauungen alle paar Jahre zu wechseln, in Zukunft nach Möglichkeit vermeiden.

Es wäre meines Erachtens unter diesen Umständen jetzt das schlimmste, wollten wir nun das bisher Errungene kurzer Hand über Bord werfen. Gewiß bietet das Verunstaltungsgesetz vieles Unklare und seine Wirkung scheint manchem im gegebenen Falle recht zweifelhaft oder bedenklich; aber es nun schleunigst zu streichen oder zu reduzieren und einen jeden sich im Bauen nach Gefallen ausleben zu lassen, bis sich allmählich von selbst durch das Uebergewicht der guten Architekten der ersehnte „Gleichtritt“ einstellt, wäre wohl ein allzu rasches, unüberlegtes Vorgehen. Denn das, was sich in früheren Stilepochen von selbst als Niederschlag der großen Baukunst in Stadt und Land ganz allgemein ergab, nämlich die schlicht sachlichen, von einer Formensicherheit des Maurermeisters beherrschten,

den Freunden der Heimatkunst nachahmenswert scheinenden Bauwerke, sie sind heutzutage ohne weiteres nicht möglich; denn auf der einen Seite wirken die Techniker, mittleren Architekten und Bauunternehmer auf der Jagd nach dem Außergewöhnlichen, auf der andern Seite aber die kleinen ländlichen Maurer, Bauunternehmer und Stümper, unbekümmert um jede äußerliche Wirkung ihrer Bauwerke.

Wie soll es nun gelingen, bei der Verschiedenartigkeit der ästhetischen Ueberzeugungen, die sich in den zurzeit so tausendfach in diesem Sinne verschiedenen Bauwerken unserer Tage ausspricht, diejenigen Grundlagen zu schaffen, die zu der „Einigung auf einheitliche Sprache“ führen können?

1. Der erste Schritt müßte meines Erachtens sein, den zahllosen Privatleuten, Bauunternehmern, Maurern usw., welche nicht die Befähigung zum Bauen nachweisen können, also die Prüfung als Maurermeister vor den Handwerkskammern nicht abgelegt haben, jedes Entwerfen von Bauwerken zu untersagen. Man könnte ihnen als Uebergangsbestimmung zunächst noch eine Zeitlang gestatten, von Maurermeistern entworfene Bauten auszuführen, natürlich genau nach den Zeichnungen.

Diese Bestimmung klingt zunächst zwar hart, sie würde aber in ihren Folgen sich als äußerst segensreich erweisen. Denn die Leute, die etwas vom Bauen gelernt haben, nämlich die geprüften Maurermeister, hätten dadurch die ihnen zukommenden Aufträge, die kleineren Bauten in Stadt und Land, und wären nicht darauf angewiesen, sich bei den Submissionen zu unterbieten, nur um ihre Leute zu halten und weiter beschäftigt zu können. Andererseits liegt doch keinerlei Grund vor, im Baugewerbe den halbgebildeten Unternehmern Arbeiten zu überantworten; den tüchtigen Bauunternehmern stände es ja jederzeit frei, sich der Maurermeisterprüfung zu unterziehen und den Befähigungsnachweis zu erbringen, der unerlässlich erscheint zur Gesundung der Verhältnisse.

2. Alsdann wäre an die tüchtige Durchbildung dieses Maurermeisterstandes zu denken; zunächst natürlich müßten die vorhandenen Maurermeister durch Bauberatungsstellen in der jetzt schon betriebenen Weise, jedoch ganz allgemein so geschult werden, daß sie den kommenden Aufgaben gewachsen wären und die Konkurrenz des weiter heranzubildenden Maurermeistergeschlechts nicht zu fürchten hätten.

Letzteres müßte in seinen einzelnen Vertretern auf der Baugewerkschule, die vielleicht um einen Jahreskurs erweitert werden könnte, so gründlich auf die Maurermeisterprüfung hin vorbereitet werden, daß sie die einfachen Bauten in ästhetisch einwandfreier Weise zu entwerfen und auszuführen imstande wären.

3. Da nun die ästhetischen Fragen eine recht verschiedene Beantwortung möglich scheinen lassen, müßten, um zu einiger

grundlegender Klarheit zu kommen, diese einfachen Bauten und die bei ihnen zu stellenden Hauptanforderungen durch vorbildliche Zeichnungen den Bauschülern erläutert werden. Dieses klingt zunächst seltsam, dürfte aber praktisch durchführbar sein, wenn man bedenkt, daß die ländlichen Bauwerke sich auf eine geringe Anzahl von Gruppen zurückführen lassen: z. B. Wohnhaus eines kleinen, mittleren und größeren Besitzers und die zugehörigen Wirtschaftsgebäude, besonders behandelt für die wenigen nach Klima, Baumaterial stark voneinander verschiedenen Gegenden des Landes (Zentrum, Osten, Süden, Westen, Norden). Durch Umfrage bei den Regierungen wäre wohl festzustellen, welche hauptsächlichsten, praktisch wesentlich von einander verschiedenen Haustypen zu Grunde zu legen wären. Ebenso wären Haupttypen der städtischen Gebäude zu beschaffen.

Dieses in ästhetischer Hinsicht möglichst vollkommen zu gestaltende vorbildliche Lehrmaterial müßte gewonnen werden durch Veranstaltung eines großen Wettbewerbes, in dem die führenden Architekten durch Bildung eines besonders ausgeschauten Preisgerichts bzw. durch rege Beteiligung von erheblichem Einfluß auf die ganze bauliche Entwicklung sein würden. Grundbedingung bei dem Wettbewerb müßte sein, daß die betreffenden Haustypen mit größter Sachlichkeit, Schlichtheit und Billigkeit der ästhetischen Durchbildungsmittel zu entwerfen sind. An ihnen müßte der Baugewerkschüler dann durch Entwerfen ähnlicher, jedoch dem Bauprogramm nach abweichender Gebäude, die Fähigkeit und Leichtigkeit der Formenanwendung beherrschen lernen. Zu dem Zwecke müßte der Unterricht im Entwerfen an jeder Baugewerkschule möglichst einheitlich von einem entsprechend reichlich zu besoldenden tüchtigen Architekten in dem Sinne betrieben werden. Da sich die Architekturverhältnisse in gewissen Zeitabschnitten natürlich bis zu einem gewissen Grade wandeln werden, müßte etwa alle fünf Jahre ein erneuter Wettbewerb zur Verbesserung der Bautypen ausgeschrieben werden.

Um die Architektenschaft nicht zu schädigen könnten eventuell Grenzen festgelegt werden (z. B. nach den Baukosten oder dergl.) bis zu denen die Entwurfsarbeit von einem Maurermeister übernommen werden darf.

4. Ohne gesetzliche Bestimmungen und ohne Staatsaufsicht würde sich die Durchführung dieser Maßnahmen kaum bewerkstelligen lassen. Diese staatliche Aufsicht wäre von der Baupolizei zu leisten, die den Hochbauämtern unterstehen müßte. Die Arbeitsleistung wäre meines Erachtens jedem Baubeamten ohne Schwierigkeit möglich, wenn ihm ein bewährter Bausekretär beigegeben wird, der die Anschlags- und Abrechnungsarbeiten und sonstige Bureauarbeit erledigt, so daß der Regierungsbaumeister Zeit findet, sich den Hauptaufgaben seines eigentlichen Berufes eingehend zu widmen. Die Baupolizeiprojekte müßte er natürlich auch in ästhetischer Hinsicht überwachen und als Anhalt müßten ihm dabei auch die genannten Musterzeichnungen, nach denen der Maurermeister auf der Bauschule zu arbeiten gelernt hat, vorliegen, damit eine gewisse Gleichmäßigkeit gewährleistet wird. Ästhetische Aenderungen würde er mehr durch gütliche Einwirkung, als durch gesetzliche Handhaben durchzusetzen haben, letztere wären jedoch erforderlich, falls gütliche Mittel versagen, jedoch nur nach Vorlage des betreffenden Projekts in der Regierungsinstanz.

Die Mustertypen wären auch auf den Technischen Hochschulen als erstes Entwurfslehmaterial zu behandeln, natürlich in anderer Weise und derart, daß der Studierende eine viel gründlichere und vielseitigere Ausbildung im Entwerfen erwirbt; erst in späteren Semestern dürfte er an die größeren Entwurfsarbeiten geführt werden. Der tüchtige Architekt braucht meines Erachtens aber die baupolizeiliche Aufsicht nicht zu scheuen, da derartige Verschiedenheiten der ästhetischen Auffassung, wie sie heute allenthalben noch zu beobachten sind, dann immer weniger zu erwarten sind, da ja die Grundlagen eines jeden baulichen Schaffens auf allen Seiten dieselben wären und sich nach diesen aus Künstlerhand hervorgegangenen, durch Künstlerhand zu ergänzenden Grundlagen mehr und mehr der „Gleichtritt“ von selbst einstellen wird.

Strebt man eine solche Ordnung im Baufach an, so wird wohl jedes Glied der Gesellschaft seinen rechten Platz bei der Kulturarbeit finden und die entstehenden Kosten wären noch nicht einmal so erheblich. Freilich würden sich ja die Baukosten bei den ländlichen Bauten etwas höher stellen als jetzt, wo in einzelnen Fällen der Landwirt seinem Maurer den Grundriß womöglich auf den Erdboden mit dem Spazierstock aufzeichnet und der Gendarm bzw. Amtsvorsteher diese Zeichnung an Ort und Stelle baupolizeilich prüft; der Bauende würde je-

doch durch den Maurermeister einen dauerhafteren und einwandfreien, von dem staatlichen Baubeamten überwachten Bau erhalten, der die Mehraufwendung im Lauf der Zeit reichlich einbringen und dem Lande keinesfalls zur Verunstaltung dienen würde. Es würde vielmehr allenthalben der in unserm Vaterlande doch vorhandene Wohlstand seinen gebührenden Ausdruck finden.

Andererseits würde durch teilweisen Wegfall der oft so überflüssige Arbeit in Bewegung setzenden Wettbewerbe manches Kapital anderweitig verfügbar, weil alsdann bei kleineren Aufgaben die ortsansässigen Maurermeister, bei größeren die ortsansässigen Architekten ohne Sorge um besonders schlechte, willkürliche Entwurfsgestaltung abwechselnd herangezogen werden könnten.

Es sei im folgenden noch einiges darüber gesagt, wie ich mir die Aufstellung von Mustertypen denke. Ich glaube, wohl ohne Mißverständnis zum Ausdruck gebracht zu haben, daß ich keine „Normalentwürfe“ etwa nach Art der für ländliche Schulen, Förstereien u. dgl. herausgegebenen im Auge habe. Das wäre nach den mit jenen gemachten Erfahrungen weder wünschenswert noch ausführbar bei der Verschiedenheit, die innerhalb der einzelnen Gebäudegruppen zwischen den einzelnen zu erbauenden Häusern besteht. Die Mustertypen sollen nur in einfacher aber besonders charakteristischer Weise die Gesichtspunkte betonen und jedermann klar vor Augen führen, die von den führenden Architekten für die Erziehung der einzelnen Bauleute zu der erwünschten Unterordnung und bescheidenen Mitarbeit für unumgänglich notwendig gehalten werden, damit die massenhaft neu emporwachsenden Häuser sich ungekünstelt, schlicht und sachlich, aber doch trotz einfachster ästhetischer Durchbildung ansehnlich dem Landschaftsbild einfügen. Die betreffenden Musterzeichnungen würden etwa an Stelle der in den „Maßnahmen gegen bauliche Verunstaltungen usw.“ vom 10. Januar 1908 ausgesprochenen Grundsätze treten und dem weniger verständnisvollen Baukünstler in greifbarer Gestalt vor Augen führen, worauf bei der Ausbildung der Gebäude Wert zu legen ist. Denn mit jenen „Maßnahmen“ ist unmittelbarer Erfolg natürlich nicht zu erzielen, weil der ländliche (oder auch städtische) Häusererbauer sich daraufhin nicht die richtige Vorstellung machen kann. Der Erfinder des Entwurfs, Abb. 45 der Caesarschen Veröffentlichung in Nr. 10 der Wochenschrift z. B., wird sicherlich das Bewußtsein haben „eine maßvolle Gliederung der Außenwände mit sorgfältiger Abwägung der Tür- und Fensteröffnungen im Gegensatz zu den geschlossenen Wandflächen“ usw. erzielt zu haben, falls er den Entwurf an der Hand der „Maßnahmen“ einer Nachprüfung unterziehen würde. Jener Entwurf ist ja offenbar auch auf das Studium irgendeines Vorbildes schlechter Art zurückzuführen. Würde nun nicht ein besseres Resultat zu erwarten sein, wenn der betreffende Maurermeister oder Techniker, der die Zeichnung entworfen hat, z. B. Häuser von der Art der Abb. 46 und 48, als Studienmaterial auf der Baugewerkschule zu benutzen gelernt hätte? Dabei ist es meines Erachtens belanglos, ob die verwandten Zierformen zunächst noch eng an vergangene Stilepochen angeschlossen sind. Durch die erwähnten, von Zeit zu Zeit sich wiederholenden Wettbewerbe um neue Mustertypen würde sich allmählich die moderne, von Künstlerhand selbständig gebildete Formensprache Geltung verschaffen und in den Mustertypen den Bauleuten aus dem Volk zu selbständiger und volkstümlicher Weiterbildung bei der Masse der Bauausführungen anvertraut sein.

Die Mustertypen müßten natürlich versuchen, möglichst der Anwendung aller Baustoffe Rechnung zu tragen. Bis zu einem gewissen Grade müssen meines Erachtens alle Baustoffe als stilbildend angesehen werden; denn beispielsweise das Pappdach, das verschaltete Pfannendach, das Schieferdach usw., ein jedes ist von einschneidender Wirkung auf die Massenwirkung der Gebäude und von der Massenwirkung ist doch die weitere architektonische Durchbildung in erheblichem Maße abhängig; der einheitliche Stil der Zukunft wird jedenfalls eine Formensprache darstellen müssen, die den infolge der Baumaterialien so verschiedenen Formen der Gebäudemassen gerecht wird. Man muß dabei wohl berücksichtigen, daß ein jeder Baustoff, der sich in der Praxis bewährt hat und in allgemeinerem Kreise als zweckmäßig angesehen ist, eine unbestreitbare Daseinsberechtigung hat und daß die ästhetische Durchbildung künftiger Zeiten mit diesem Faktor rechnen muß.

Ich möchte dieses an einem Beispiel näher erläutern, muß aber vorausschicken, daß es mir fern liegt, damit irgend etwas Mustergültiges bringen zu wollen; das muß, wie gesagt, von den großen Künstlern durch Vermittlung der Wettbewerbe geschaffen werden. Bei diesem Beispiel möchte ich das Papp-

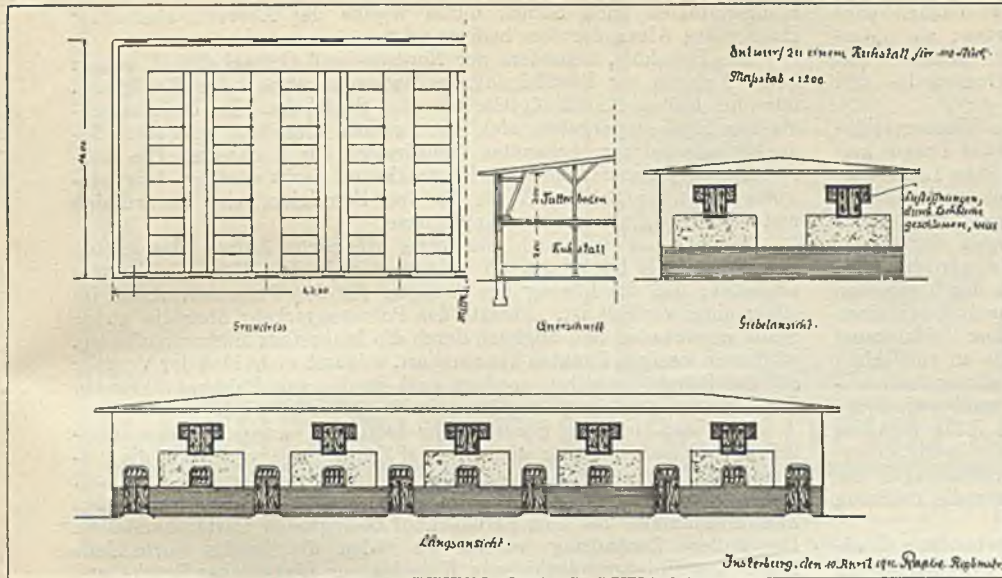


Abb. 134

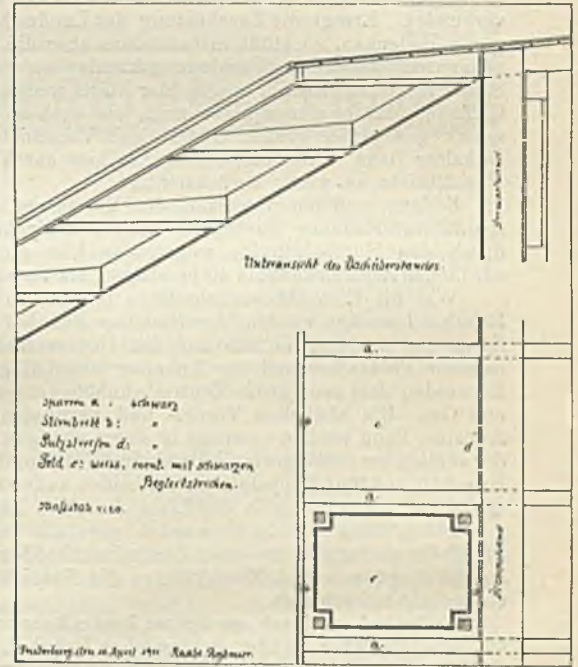


Abb. 135

dach behandeln. Wohl jeder, der Gelegenheit gehabt hat, die verschiedenen Dachdeckungsarten in der Praxis zu beobachten, wird den Ausführungen des Herrn Hasak in seinem Werke: Heimische Dachformen, Seite 17, beipflichten müssen, daß die Vorteile oder Nachteile einer Dachdeckungsart sehr von der Zuverlässigkeit der Arbeiter abhängt. So auch beim Pappdach; es liegen hier langjährige Erfahrungen von Landwirten vor; dieser behauptet, seine von einer zuverlässigen Firma ausgeführten Pappdächer seien in jeder Hinsicht einwandfrei, jener beklagt, daß er vor Jahren seine Gebäude nicht mit Ziegeldächern an Stelle der Pappdächer gedeckt hat, da diese ständig undicht sind und erhebliche Unkosten durch das häufige Teeren verursachen. Und es gibt auch Ziegeldächer die ebenfalls zu Klagen über Undichtigkeit Veranlassung geben. Demnach liegt meines Erachtens kein Grund vor, das Pappdach gewaltsam zum Verschwinden zu bringen. Es werde also ein großes Stallgebäude in der dem Landwirt am zweckmäßigsten erscheinenden Querschnittsform mit Drempeel und Pappdach betrachtet.

Was meines Erachtens derartige Gebäude außer der lieblosen Behandlungsweise der äußeren Wände so besonders ungünstig erscheinen läßt, ist die in den meisten Fällen anzuwendende, der Eigenschaft des Pappdaches entsprechende flache, von der horizontalen so wenig abweichende Neigung, die an den Giebelseiten in die Erscheinung tritt, ferner der Dachüberstand an der Traufe, der trotz der Sparrenhölzer durch die dünne Schalung den Eindruck papierner Leichtigkeit des Daches erweckt und ein Mißverhältnis zu den großen, massigen Flächen des Mauerwerks schafft. Der unscheinbare Karbolineuanstrich der Dachüberstände vervollständigt den unerfreulichen Eindruck.

Bildet man von diesen Erwägungen aus die Gebäude etwa nach den beigegebenen Skizzen aus, beseitigt man die flauen Wirkungen der Dachüberstände, gibt man dem Holzwerk einen bei der geschützten Lage wohl unverwüsthchen Anstrich im Einklang zu der schwarzen Pappdachfarbe mit den wirkungsvollen Farben schwarz und weiß, gliedert man die toten Mauerflächen durch billigen Verputz mit weißgekalkten, glatten und in Naturton stehbleibenden rauen Flächen, streicht man ferner das

Holzwerk der Türen in der vielfach üblichen zweckmäßigen schwarzen Terpentinefarbe und gibt dem unteren Wandteil durch einen Ziegel- oder Verblendsteinsockel die wünschenswerte Haltbarkeit und die Möglichkeit leichter Reinigung, so wird man zwar nicht ein dem Auge der einseitigen Heimatschutzbeifessenen besonders wohltuendes Bauwerk schaffen, immerhin aber wohl ein Gebäude, das trotz seiner Zweckmäßigkeit eine bescheidene äußere Wirkung anstrebt, die jedenfalls bei gewisser Weiterbildung zu erfreulicheren Resultaten führen kann als die traurige auf jede künstlerische Wirkung Verzicht leistende Bauweise bei den heutigen Bauten dieser Art.

Zugleich würde man dabei der Pappdach- und Verblendsteinfabrikation von natürlichen Gesichtspunkten aus wirtschaftlich zu Hilfe kommen; letzteres scheint sicherlich erwünscht, weil doch auch der Verblendstein, am richtigen Platz verwendet, seine großen Vorzüge unbestreitbar hat.

Erhebliche, das Bauen über Gebühr vertuernde Kosten würde die Anstrengung derartiger Durchbildung nicht machen, da bedeutendere Materialmehraufwendungen dabei nicht eintreten und auch die Arbeitsvermehrung kaum als wesentlich anzusehen ist. In ähnlicher, vielleicht noch wirkungsvollere Weise müßten die auf dem Wege des Wettbewerbs zu sammelnden Bautypen erläutert werden, damit so allmählich sich des Wesens Kern herauschält, Allgemeingut wird und die einheitliche Grundlage bildet, auf der die deutsche Baukunst zu den lang erstrebten einheitlichen Ausdrucksformen gelangen kann.

Aus dem Bericht des Preisgerichtes über den Wettbewerb Groß-Berlin

Entwurf: „Mehr Einheit, Mehr Heimat“. Verfasser: Regierungsbaumeister Fritz Kritzler in Dahlem.

Die im Ausschreiben verlangten Stücke sind vorhanden. Die Vorstudien sind mit Sorgfalt und Gewandtheit gemacht, zahlreiche interessante, graphische, statistische Darstellungen über die Verkehrsbewegung in Groß-Berlin bilden die Unterlage für die weitere Planung. Leider bringen die vorgelegten Entwürfe nicht, was man auf Grund des beigebrachten Studienmaterials erhoffen konnte, sie zeigen neben manchem Anerkennenswerten auch vieles, was technisch nicht zu rechtfertigen ist.

Der Verfasser ist der Auffassung, daß „die Bebauungsfrage Groß-Berlin nicht draußen in den Vororten zu lösen ist, sondern durch allmähliche, geeignete, ausführungsmögliche Umwandlung des heutigen Berlin innerhalb der Stadt- und Ringbahn“.

Die Behandlung der Verkehrsfrage nimmt in seinem Entwurf den breitesten Raum ein.

Da die vorhandenen Wasserstraßen für den wachsenden Verkehr nicht ausreichen, und zwar weder die Zufahrtstraßen von außen, noch

die Verkehrsstraßen im Innern, so sucht er neue Schiffsfahrtswege sowohl für den Güter- wie auch für den Personenverkehr zu schaffen. Als Gegenstück zum Teltowkanal bringt er einen vom Tegeler See ausgehenden, in einem großen Halbkreisbogen um Berlin Nord und Nordost nach Biesdorf führenden unterhalb Köpenick in die Oberspree mündenden Nordkanal in Vorschlag mit zwei Stichkanälen, westlich nach Plötzensee Nordhafen; östlich nach Rummelsburger See-Osthafen, sowie mit verschiedenen künstlichen und natürlichen Hafenbecken (Hafen auf dem Rieselgut Blankenburg sowie Malchowsee und Orankee-see). Außerdem sind vorwiegend für den Güterverkehr an der Oberspree und an der Havel eine Reihe von teils bekannten, teils neuen Zufahrtstraßen und Verbindungskanäle entworfen. Aber auch für die Belegung des Personen-Ausflugsverkehrs zu Wasser, der gegenüber anderen Großstädten gering zu nennen ist, werden zahlreiche Vorschläge gemacht. Die vielen Seegruppen um Berlin herum sollen

durch Stichkanäle teils unter sich, teils mit den vorhandenen oder geplanten Wasserstraßen in Verbindung gebracht werden; so unterstützt er beispielsweise den schon bekannten Plan, den Wannensee mit dem Schlachtensee, Krumme Lanke, Riemeistersee, Grunewald- und Lietzensee durch eine Wasserstraße zu verbinden.

Im Gegensatz zu diesem Bestreben, überall neue Wasserverbindungen zu schaffen, steht einmal der schon früher in der Presse aufgetauchte, vom Verfasser aufgenommene Vorschlag, den Landwehrkanal vom Kurfürstendamm bis zum Schöneberger Hafen zu beseitigen und durch eine Prachtstraße zu ersetzen, und zwar wegen der Zurück- und Tieferlegung des Potsdamer Bahnhofs sowie wegen der Unterbringung einer neuen Zentralbahn. Der verbleibende nordwestliche Stumpf wird mittels eines unterirdischen Kanals durch den Tiergarten mit der Spree und das östliche Stück des Landwehrkanals durch einen in südlicher Richtung geführten neuen Kanal mit dem Teltowkanal verbunden. Erregt die Zuschüttung des Landwehrkanals an sich schon große Bedenken, so stößt insbesondere aber die Herstellung des letztgenannten südlichen Verbindungskanals auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten sowohl wegen der stark wechselnden Höhenlage des Geländes, das er durchqueren muß, als auch wegen der in Mitleidenschaft gezogenen großen Güter- und Verschiebebahnhofsanlagen der Anhalter Bahn. Augenscheinlich hat hier der Verfasser die örtlichen Verhältnisse zu wenig berücksichtigt.

Sodann muß der Vorschlag des Verfassers, die vorhandene Großschiffahrtsverbindung der Spree nach dem Spandauer Schiffahrtskanal durch den Humboldthafen wegen des hier zu errichtenden großen nördlichen Zentralbahnhofs zu beseitigen, als verfehlt bezeichnet werden.

Was die Eisenbahnverkehrsfrage betrifft, so soll der alte Lehrter Bahnhof beseitigt werden, der Stettiner Bahnhof den Fernverkehr verlieren und nur den Vorort- und den Güterverkehr behalten, der vorhandene Potsdamer und der Anhalter Bahnhof ganz beseitigt werden. Es werden drei neue große Zentralbahnhöfe vorgeschlagen: West, Nord und Ost. Die südlichen Vorort- und Fernlinien der Potsdamer und Anhalter Bahn werden vereinigt in einem einzigen Zentralbahnhof West, der südlich der verlängerten Lützowstraße als Kopfbahnhof angelegt wird. Er erhält nur fünf Doppelgleise, die beiden äußeren Vorortgleise werden etwas vorgestreckt bis in die Linie des alten Landwehrkanals.

Die nördlichen Bahnen werden ebenfalls vereinigt und mit der Stadtbahn verbunden in einem Zentralbahnhof Nord, dessen Anschlüsse an die Nordwest- und Nordostlinien die Bezeichnungen Nordsee- und Ostseebahnhof erhalten.

Außerdem wird auch ein dritter Zentralbahnhof Ost, gewissermaßen ein vorgestreckter zweiter Schlesischer Bahnhof, im Anschluß an die Stadtbahn an der Jannowitzbrücke geschaffen. Die Tegeler Bahn wird an die Nordwestlinien angeschlossen. Eine Querverbindung zwischen den nördlichen und südlichen Bahnen fehlt; dies ist ein unverkennbarer Mangel, der um so mehr empfunden wird, als der neue Zentralbahnhof West weit vom Stadttinnern entfernt zurückgelegt wird. Auch die Zusammenführung der nördlichen Bahnen erregt Bedenken; ihr Anschluß an die Stadtbahn ist unnötig und schließt die Verlängerung nach Süden und die wichtige Verbindung mit den südlichen Linien aus.

Die Linienführung des neuen Anschlusses an die Stettiner Bahn durch die städtische Gasanstalt an der Sollerstraße und durch die Häuserblöcke der Schulzendorfer und Hochstraße ist höchst kostspielig, ebenso wie die teilweise Verlegung der Stadtbahn über den

Humboldthafen nach Süden, durch welche der Abbruch sämtlicher Häuser des Alexanderufers bedingt wird.

Die Bahnhöfe, besonders der Nordsee- und Ostseebahnhof, zeigen keine Anlagen zur Bewältigung des Massenverkehrs, keine Kopfgleise, nur die beiden Anschlußgleise an die Stadtbahn. In betriebstechnischer Hinsicht ergeben sich hier zudem dieselben schweren Bedenken wie bei dem bekannten Gleisdreieck der Hochbahn. Die Ausstattung der Zentralbahnhöfe ist überhaupt recht dürftig; beispielsweise zeigt der Bahnhof West für drei Fernlinien, vier Vorortlinien und die Ringbahn nur fünf Doppelgleise.

Nimmt man nun noch die wenig glückliche Anlage des dritten Zentralbahnhofs Ost hinzu, so kann man sich dem Urteil nicht verschließen, daß die Lösung der Anlagen für den Personenverkehr im allgemeinen verfehlt ist. Anstatt den Personenverkehr über die ganze Stadt zu verteilen und zugleich durch die Innenstadt hindurchzuführen, wird er an wenigen Punkten konzentriert, wodurch nicht bloß der Verkehr auf den Bahnhöfen selbst, sondern auch in den zum Bahnhof führenden Straßen sowie auf den Vorplätzen stark gefährdet wird.

Für den inneren Stadtverkehr soll ein ausgedehntes unterirdisches Schnellbahnnetz dienen; zwei Zentralringe verbinden die diametralen Untergrundbahnlinien. Der innere ellipsenförmige Ring soll insbesondere eine unterirdische Verbindung zwischen den drei großen Zentralbahnhöfen und dem Fernbahnhof Zoologischer Garten herstellen. Der äußere Zentralring benutzt im Süden die bereits vorhandene Hoch- und Untergrundbahn vom Knie bis zur Warschauer Brücke und wird durch einen vom Friedrichshain über den Wörther, Vineta- und Gartenplatz, Nordhafen, Stephanplatz, die Wiebe- und Röntgenstraße nach dem Knie geführten nördlichen Bogen geschlossen.

Die zwischen der Ringbahn und einer neuen Gürtel- oder Entlastungsbahn (über Neu-Babelsberg, Gütergotz, Malchow, Grünau, Dahlwitz, Buch, Stolpe, Hennigsdorf, Nedlitz führend) angeordneten verschiedenen zahlreichen Bahnverbindungen sind etwas wirr und nicht genügend begründet.

Was die Straßendurchbrüche oder die Neuanlagen von Straßen und Plätzen anbelangt, so macht der Verfasser Vorschläge, die weit über die Grenze dessen hinausgehen, was man als durchführbar bezeichnen könnte. Besonders die Straßenteile südwestlich vom Leipziger Platz zeigen eine Aufteilung, die einem Abbruch und Wiederaufbau des Westens Berlins gleichkäme, ohne dabei so wahrhaft großzügige und städtebaulich schöne Anlagen zu schaffen, daß sich derartige Opfer lohnen würden. Die beiden mit ungeheuren Mitteln zu schaffenden Hauptstraßenachsen: die Verlängerung des neuen Zentralbahnhofs nach dem Leipziger Platz zu und die verlängerte Siegesallee, verlaufen beide etwas im Sande und werden nicht die monumentale Wirkung erreichen, die einen so gewaltigen Einschnitt in die bestehenden Verhältnisse rechtfertigen könnten.

Die beigelegten Schaubilder für einzelne architektonische Anlagen zeigen zwar gute und hübsche Ideen, entbehren aber doch der für große städtebauliche Aufgaben erforderlichen Reife.

In bezug auf die Verteilung der Grün- und Waldflächen fehlt es dem Plane an einheitlicher Geschlossenheit. Anstatt die Grünflächen in Form großer Kanäle zur Belüftung an die innere Stadt heranzuführen, zerteilt der Entwurf die Grünflächen in viele kleine Teile, die die Aufgabe der Luftführung nicht mehr übernehmen können.

Außerdem wird von den vorhandenen Waldflächen, besonders vom Grunewald, für Bebauungszwecke weit mehr fortgenommen, als für Groß-Berlin wünschenswert erscheint.



Geheimer Justizrat Otto Schmidt-Warburg

Landgerichtsrat in Berlin, Mitglied des Deutschen Reichstags und Preußischen Abgeordnetenhauses, Quästor des Reichstags

Geboren 15. Juni 1842, gestorben 17. Juni 1910

Am 17. Juni ist es ein Jahr her, daß unser liebenswürdigster und erfolgreichster Fürsprecher im Preußischen Abgeordnetenhaus, Geheimer Justizrat Schmidt-Warburg, zur ewigen Ruhe eingegangen ist. Wir bringen daher zur Erinnerung an ihn sein Bildnis. Seit 1896 hatte er sich unermüdlich des Aschenbrödels unter den Staatsbeamten, der Techniker, angenommen und ihnen mancherlei Aufbesserungen ihrer minderwertigen Stellung verschafft. Geboren in Paderborn, war er durch Erziehung und jahrzehntelange Tätigkeit Berliner. Stets hilfsbereit, frohen Sinns und unermüdlich in Staat und Kirche allem Großen nachstrebend, stellte er das ideale Vorbild eines echten und rechten deutschen Mannes dar. Vergeblich hält das Auge Ausschau in den Volksvertretungen nach einem Ersatz. Die Interessen aller Stände finden ihre Vertretung, nur die Technik, die der Neuzeit ihren Stempel aufprägt, bleibt ausgeschaltet dort, wo über das Wohl und Wehe des Staatsbürgers entschieden wird. Denn nicht allein die technischen Staatsbeamten, auch die Techniker und die Künstler im allgemeinen sind ohne Vertretung in den Parlamenten. Sollten wir Techniker nicht ein wenig zu lässig sein in unserer politischen Betätigung? Die Juristen steigen dabei in die höchsten Stellungen, wie unser liebenswürdiger Anwalt ebenfalls beweist.

Wir erinnern uns heute seiner dankbarlichen Herzens. Gott vergelts. Hasak